

Die Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“ in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik

Heidemarie Uhl

Das Interesse an den Repräsentationen des kollektiven Gedächtnisses richtet sich im wesentlichen auf zwei Bereiche gesellschaftlichen Erinnerns, die man – mit einer Metapher von Aleida Assmann – als Spannungsverhältnis von „fest“ und „flüssig“ charakterisieren kann.¹

Die „flüssigen“ Formen des Gedächtnisses begegnen permanent in den diskursiven „surroundings“ der Kommunikationsgesellschaft: Narrationen über die Vergangenheit eines Kollektivs bzw. der Nation finden sich in unterschiedlichen Formaten – vom fiktionalen Plot von TV-Krimis (etwa einer „Tatort“-Folge, produziert vom ORF, über die Restitution von sogenannten „arisierten“ Schiele-Bildern²) bis zu wissenschaftlichen Publikationen, von politischen Statements bis zu den dokumentierten Erzählungen der noch lebenden ZeitzeugInnen der Verbrechen des NS-Regimes. Gedenkanlässe wie Jubiläen und Jahrestage jener Ereignisse, auf die sich historische Identität bezieht, eröffnen immer wieder performative Zeitfenster, in deren Rahmen die Vergangenheitsnarrative in verdichteter Form reaktiviert und kommuniziert werden können. Dies ist etwa im Jahr 2005 zu erwarten, in dem sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 60. Mal jährt, wobei im Fall von Österreich weniger „1945“ thematisiert, sondern vielmehr „1955“, der Abschluss des Staatsvertrages, zum Anlass für ein „Jubiläumsjahr“ genommen wird.³

Demgegenüber gewinnen die „festen“ Formen gesellschaftlicher Erinnerung sichtbaren Ausdruck in ihren Repräsentationen im öffentlichen Raum: In Denkmälern und Gedenktafeln, Museen und Ausstellungen, in nationalen Gedenktagen und den damit verbundenen politischen Ritualen findet jene „Auskristallisation“ statt, die Jan Assmann mit dem Termi-

1 Aleida ASSMANN, Fest und Flüssig. Anmerkungen zu einer Denkfigur. In: Aleida ASSMANN/Dietrich HARTH (Hg.), Kultur als Lebenswelt und Monument, Frankfurt a. M. 1991, S. 181–199.

2 „Tatort“-Folge „Nichts mehr im Griff“, Regie: Walter Bannert, Drehbuch: Peter Zingler, Erstaussstrahlung ORF, 28.1.2001. Vgl. Heidemarie UHL, „Nichts mehr im Griff“. Die österreichische Restitutionsdebatte in der Krimi-Serie „Tatort“. In: Ingrid BAUER u. a. (Hg.), <kunst <kommunikation <macht. Sechster Österreichischer Zeitgeschichtetag 2003, Innsbruck u. a. 2004, S. 164–169.

3 Zum offiziellen Programm vgl. <http://www.oesterreich2005.at/>, zu kritischen Aktivitäten gegen den zu erwartenden „Schub an Geschichtsverzerrung und Chauvinismus“ <http://www.oesterreich-2005.at/>.

nus des identitätsstiftenden kulturellen Gedächtnisses beschrieben hat: jene „kulturellen Formungen“, in denen die Erinnerung an „schicksalshafte Ereignisse der Vergangenheit“ sichtbar zum Ausdruck gebracht und die damit für ZeitgenossInnen ebenso wie für nachfolgende Generationen als die verbindlichen historischen Bezugspunkte des Kollektivs definiert werden. Folgt man Assmann, so richten sich diese Zeichensetzungen vor allem auf die Gegenwart und die Zukunft: „In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere. Welche Vergangenheit sie darin sichtbar werden und in der Wertperspektive ihrer identifikatorischen Aneignung hervortreten lässt, sagt etwas aus über das, was sie ist und worauf sie hinauswill.“⁴ So der Schlusssatz von Assmanns 1988 publizierter theoretischer Grundlegung des kulturellen Gedächtnisses, die den Beginn des Interesses an Fragen der Gedächtniskultur und -politik im deutschsprachigen Wissenschaftsraum markiert.

Während Jan Assmann von „Gesellschaft“ und von „Kollektiven“ spricht, definiert Pierre Nora in seinem wirkungsmächtigen Konzept der „Lieux de mémoire“, das zahlreiche Nachfolgeprojekte angeregt hat,⁵ Gedächtnisorte als „Orte – in allen Bedeutungen des Wortes – [...], in denen sich das Gedächtnis der Nation [...] in besonderem Maße kondensiert, verkörpert oder kristallisiert hat“.⁶ Gedächtnis erscheint dabei als „Inventar“ (Nora) der nationalen Identität, eine Identitätsstiftung, die sich naturgemäß zumeist auf ein positiv besetztes historisches „Erbe“ der Nation bezieht oder aber auf jene historischen Bezugspunkte, die eine „gemeinsame“ Leidenserfahrung thematisieren.

Seit Mitte der 1980er Jahre haben die Narrative über die Vergangenheit der Nation – und in der Folge auch entsprechende kulturelle Repräsentationen – allerdings eine partielle Transformation erfahren: Im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes und insbesondere an den Holocaust ist die Frage der „guilt of nations“ (Elazar Barkan)⁷ auf die Agenda der Gedächtniskultur getreten. Der amerikanische Historiker Tony Judt hat diesen Prozess als die Phase der Dekonstruktion der politischen Mythen der europäischen Nachkriegszeit beschrieben: Seit 1945 war das Geschichtsbild in praktisch allen Ländern

4 Jan ASSMANN, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: DERS./Tonio HÖLSCHER (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, S. 16.

5 Vgl. z. B. Mario ISNENGI (Hg.), I luoghi della memoria, 3 Bde., Bari/Roma 1996-1997; François ETIENNE/Hagen SCHULZE (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001.

6 Pierre NORA, Vorwort. In: DERS., Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 7.

7 Elazar BARKAN, The Guilt of Nations. Restitution and Negotiating Historical Injustices, New York 2000.

des nationalsozialistischen Einflussbereichs von einer partiellen Amnesie geprägt, die das eigene Volk als Opfer grausamer Unterdrückung durch die NS-Machthaber oder aber als heroische Widerstandsbewegung zeigte.⁸ Seit Beginn der 1980er Jahre steht in vielen Ländern die Frage nach der kollektiven und individuellen Involvierung in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat und nach der Beteiligung an der NS-Vernichtungspolitik im Zentrum geschichtspolitischer Grundsatzdiskussionen – etwa des deutschen Historikerstreits und der Diskussion um die Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims in Österreich (beide 1986), den Debatten um die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, den noch immer andauernden Kontroversen um die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung an der Ermordung von Juden im polnischen Jedwabne, um nur einige Beispiele zu nennen.⁹ Die emotionale Aufladung und das Konfliktpotential dieser Debatten erklärt sich aus ihrer gegenwartsbezogenen Relevanz, auf die bereits Jan Assmann hingewiesen hat – was zur Disposition stand und steht, ist nicht die Vergangenheit selbst, sondern sind die ethisch-moralischen Grundlagen gegenwärtigen politischen Handelns.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurden die Neuverhandlungen des Geschichtsbildes im Hinblick auf den Ort des Nationalsozialismus im nationalen Gedächtnis zu einer Signatur der europäischen politischen Kultur: Die heroisch-pathetische Erinnerung an den nationalen „Freiheitskampf“ oder aber die Vorstellung der Nation als Opfer-Kollektiv wurden nun vielfach als „falsche Erinnerung“, als Vergessen und Verdrängen der Mitverantwortung an den NS-Verbrechen kritisiert – nun galt es, Erinnerungsformen für ein „negatives Gedächtnis“ (Reinhart Koselleck)¹⁰ zu finden.

Sichtbaren Ausdruck fand die Neuorientierung im Umgang mit der Vergangenheit in den Zeichensetzungen einer neuen Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Die Errichtung von Holocaust-Denkmalern in Wien, Berlin, Paris und anderen europäischen Hauptstädten, aber auch in klei-

8 Vgl. Tony JUDT, Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa. In: *Transit* 6, Herbst 1993, S. 87–120.

9 Einen Überblick über die Transformationen der Erinnerungskultur in Europa, den USA und Israel eröffnet: Monika FLACKE (Hg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Mainz 2004 (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05); vgl. weiters: Christoph CORNELIEN/Lutz KLINKHAMMER/Wolfgang SCHWENTKER (Hg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a. M. 2003.

10 Reinhard KOSELLECK, *Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses*. In: Volkhard KNIGGE/Norbert FREI (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 21–32.

neren Kommunen, der Beschluss zur Einrichtung von Holocaustgedenktagen (etwa in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Schweden und den USA¹¹), neue Museen und Ausstellungen wie das im April 2004 in Budapest geplante und Ende 2005 zu eröffnende Holocaust-Museum¹² sind Indikatoren dafür, dass der „Zivilisationsbruch Auschwitz“ (Dan Diner)¹³ in vielen Ländern in das Zentrum der Gedächtniskultur gerückt ist – als historischer Bezugspunkt eines europäischen Selbstverständnisses, das sich als Antithese zum Nationalsozialismus versteht. In diesem Rahmen wurde beispielsweise der 27. Januar, der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz und seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zunehmend zu einem Gedenktag von europäischer Dimension.¹⁴

Im Folgenden soll dieser Transformationsprozess am Beispiel der Erinnerungskultur an die Jahre 1938 bis 1945 in der Zweiten Republik dargestellt werden. Die Veränderung des „österreichischen Gedächtnisses“ an die NS-Herrschaft in Österreich führt von den Abwehrstrategien der Opferthese, die in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 grundgelegt wurde, zum Bekenntnis zur Mitverantwortung an den Verbrechen des NS-Regimes durch das offizielle Österreich im Jahr 1991, von einer heroisch-pathetischen Erinnerung an den „antifaschistischen Widerstand“ bzw. den „österreichischen Freiheitskampf“ zu den kulturellen Formungen einer neuen Erinnerungskultur unter dem Vorzeichen der Schuldfrage.¹⁵ Die Veränderung der gesellschaftlichen Deutungsmuster im Hinblick auf Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust hat ihren sichtbaren Ausdruck in der Denkmallandschaft gefunden, wie hier vor allem am Fallbeispiel der Bundeshauptstadt Wien gezeigt werden soll. Im Zentrum

- 11 Vgl. die Angaben auf der Website der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research, <http://taskforce.ushmm.org/remembrance>.
- 12 Vgl. Ein Ort des Gedenkens. Das Holocaust Museum und Dokumentationszentrum öffnet zum 60. Jahrestag des ungarischen Holocaust. In: Pester Lloyd Nr. 14, 2004, http://www.pestertloyd.net/Archiv/2004_14/14Politik/14politik.html.
- 13 Dan DINER (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a. M. 1988.
- 14 Zum Ort des Holocaust im europäischen Gedächtnis vgl. Henry ROUSSO, Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1 (2004), H. 3, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Rouso-3-2004>>.
- 15 Vgl. Meinrad ZIEGLER/Waltraud KANNONIER, *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, Wien/Köln/Weimar 1993 (2. Aufl. 1997); Heidemarie UHL, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des „österreichischen Gedächtnisses“. In: FLACKE, *Mythen der Nationen*, S. 481–508. Zum Überblick über die zeitgeschichtliche Denkmallandschaft der Zweiten Republik vgl. Biljana MENKOVIC, *Politische Gedenkkultur. Denkmäler – die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 12)*, Wien 1998, S. 111–146; Heidemarie UHL, Transformationen des österreichischen Gedächtnisses. Geschichtspolitik und Denkmalkultur in der Zweiten Republik. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, 29 (2000) (Schwerpunkt: Geschichte denken: Philosophie, Theorie, Methode), S. 317–341.

stehen dabei jene Denkmäler, deren Geltungsanspruch sich auf die Repräsentation des gesamten Kollektivs – d. h. der Stadt Wien bzw. der Republik Österreich – richtet: das Opferdenkmal der Stadt Wien, geplant und errichtet 1945 bis 1948, die Gedenkstätte der Bundesregierung für den österreichischen Freiheitskampf im Äußeren Burgtor (1965), die Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes im Leopold-Figl-Hof/Eingang Saltorgasse (1968) und die beiden auf Initiative der Stadt Wien errichteten Denkmäler einer neuen Erinnerungskultur, Alfred Hrdlickas Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz (1988) und das von der britischen Künstlerin Rachel Whiteread entworfene Holocaust-Denkmal am Judenplatz (2000). Der vom Gedenken an den Widerstand bzw. an die Opfer des NS-Regimes geprägte Gedächtnisraum Wien ist allerdings vor dem Hintergrund einer weitgehend anders, d. h. am Gefallenengedenken orientierten Gedächtnislandschaft in den Bundesländern zu sehen.

1. Die Formierung der österreichischen Denkmallandschaft und ihre Transformation von 1945 bis Mitte der 1960er Jahre

Das erste monumentale Denkmal in Wien wurde allerdings nicht von österreichischer Seite, sondern von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Gedenken an die gefallenen Soldaten der Roten Armee bereits kurz nach Kriegsende erbaut. Die ausgedehnte Anlage mit der fast zwölf Meter hohen Bronzefigur eines Rotarmisten sollte bis zur Errichtung des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus im Jahr 1988 das einzige stadtbildprägende Denkmal in Zusammenhang mit den Ereignissen der Jahre 1938 bis 1945 bleiben.

Das sowjetische Befreiungsdenkmal, enthüllt am 19. August 1945, war zwar den Gefallenen der Roten Armee gewidmet – „Ewiges Heil den Helden der Roten Armee, gefallen im Kampf gegen die deutsch-faschistischen Landräuber für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Europas“, lautet die russische Inschrift auf den Kolonnaden.¹⁶ Die Enthüllungsfestlichkeiten gaben jedoch auch österreichischen Politikern – Staatskanzler Karl Renner (SPÖ), dem ÖVP-Staatssekretär und späteren Bundeskanzler Leopold Figl und dem kommunistischen Staatssekretär Ernst Fischer – Gelegenheit, jener Interpretation der NS-Zeit Nachdruck

16 Vgl. Josef SEITER, „In Erz und Granit aber werden ihre Taten dauern...“. Denkmäler, Monumente und Grabmäler für Soldaten und Angehörige der alliierten Armeen nach 1945. In: Heidemarie UHL (Hg.), *Steinernes Bewusstsein. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern*. Bd. 2: Von 1945 bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar (in Druck).

zu verleihen, die der Gründungsideologie der Zweiten Republik von Österreich als dem „erste(n) freie(n) Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“¹⁷, entsprach, wie etwa aus der Rede Leopold Figls hervorgeht: „Sieben Jahre schmachtete das österreichische Volk unter dem Hitlerbarbarismus. Sieben Jahre wurde das österreichische Volk unterjocht und unterdrückt, kein freies Wort der Meinung, kein Bekenntnis zu einer Idee war möglich, brutaler Terror und Gewalt zwangen die Menschen zu blindem Untertanentum.“ Dennoch sei der „Glaube an Österreich“ zum Motor eines von allen Schichten der Bevölkerung getragenen patriotischen Widerstandes geworden: „In den Fabriken und Büros, an der Front und in der Heimat wurde stille und erfolgreiche, aber auch gefährliche Sabotage am Hitlerstaate geübt. [...] Wir wahren Österreicher (standen) in einer Front mit den Soldaten der alliierten Armeen.“¹⁸

Die Enthüllung des Befreiungsdenkmal gibt exemplarische Einblicke in den öffentlichen Diskurs über Krieg und Nationalsozialismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit. In Denkmalinitiativen für die Opfer des Widerstandes, Gedenkfeiern und politischen Erklärungen der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der Sozialistischen Partei (SPÖ) und der Kommunistischen Partei (KPÖ), wurde der Freiheitskampf als Grundlage des unabhängigen, demokratischen Österreich gewürdigt. In dieser Phase wurde in Wien, Graz und anderen Städten die Errichtung von kommunalen Denkmälern für den Freiheitskampf beschlossen, fanden parteiübergreifende Gedenkfeiern wie die Totenfeier der Stadt Wien am 1. November 1945 statt, bei der Vertreter von SPÖ, ÖVP und KPÖ „allen Opfern faschistischer Unterdrückung, welcher politischen Richtung immer sie angehört haben mögen“ (Bürgermeister Theodor Körner), die Ehre erwiesen.¹⁹

Der antifaschistische Konsens der ersten Nachkriegszeit sollte allerdings rasch brüchig werden. Entsprechende Weichenstellungen erfolgten bereits im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen am 25. November 1945. Die rund 500.000 von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffenen ÖsterreicherInnen waren dabei zwar nicht stimm-

17 Proklamation vom 27. April 1945. In: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1. Mai 1945.

18 Mahnmal unerbittlicher Gerechtigkeit. In: Das Kleine Volksblatt, 21.8.1945, S. 1 f.

19 Zit. n. Die Totenfeier der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus. In: Wiener Zeitung, 3.11.1945, S. 3; Gedenkfeier für die Opfer des Freiheitskampfes. In: Neues Österreich, 3.11.1945, S. 3.

berechtigt, aber von Seiten der SPÖ bzw. der ÖVP wurde unverhohlen mit Zusagen hinsichtlich der milden Behandlung der „Ehemaligen“ um das Wählerpotential von Angehörigen und SympathisantInnen geworben.²⁰ Der Wahlerfolg von ÖVP (49,8 % der Stimmen) und SPÖ (44,6 %) ist wohl auch auf diese Politik zurückzuführen, mit der KPÖ erhielt jene Partei, die sich am stärksten auf ihre Opfer im Widerstand berufen konnte (und die sich als einzige Partei auch weiterhin uneingeschränkt mit diesem historischen Bezugspunkt identifizieren sollte), entgegen den Erwartungen lediglich rund fünf Prozent der Stimmen. Auch die Konsolidierung im Verhältnis vor allem zu den westlichen Besatzungsmächten ließ die Legitimation durch den Widerstand nicht länger zwingend erscheinen; mit dem Beginn des Kalten Krieges verstärkte sich hingegen die Abgrenzungspolitik gegenüber der KPÖ, Ende 1947 trat das letzte kommunistische Regierungsmitglied zurück.²¹ Mit der Minderbelastetenamnestie von 1948, durch die rund 90 % der ehemaligen NationalsozialistInnen von den Sühnefolgen befreit wurden, wurden neue Rahmenbedingungen geschaffen, in diesem Zusammenhang intensivierten sich die Bemühungen von ÖVP und SPÖ um die ehemaligen NationalsozialistInnen, vor allem im Hinblick auf das beträchtliche Wählerpotential der „Ehemaligen“, die bei der Nationalratswahl des Jahres 1949 erstmals wahlberechtigt waren. Zum Anwalt der „Ehemaligen“ machte sich insbesondere auch der Verband der Unabhängigen, die Vorläuferpartei der Freiheitlichen Partei (FPÖ).

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Distanzierung von der KPÖ zogen sich die Vertreter von ÖVP und SPÖ auch aus dem überparteilichen, wenngleich – im Sinn der Volksfrontstrategie – kommunistisch dominierten KZ-Verband zurück und gründeten eigene Organisationen, die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ und den „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“.²²

Die Jahre 1948/49 bilden eine deutliche Zäsur im Umgang mit der NS-Zeit: Das Abflauen des antifaschistischen „Geistes von 1945“ und die

20 Vgl. Brigitte BAILER, Hoch klingt das Lied vom „kleinen Nazi“. Die politischen Parteien Österreichs und die ehemaligen Nationalsozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten), Wien 2004, S. 120–135. Zur Entnazifizierung vgl. Winfried R. GARSCHA, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Emmerich TALOS/Ernst HANISCH/Wolfgang NEUGEBAUER/Reinhard SIEDER (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 852–883.

21 Vgl. dazu allgemein: Günter BISCHOF, Austria in the First Cold War, 1945–55: The Leverage of the Weak, Basingstoke 1998.

22 Vgl. Brigitte BAILER, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993, S. 45 ff.

mit der gesellschaftlichen Rehabilitierung verbundene Aufwertung ehemaliger NationalsozialistInnen ließen bereits am Ende der 1940er Jahre das Thema Widerstand „geradezu zu einem politischen Tabu“ werden, wie Wolfgang Neugebauer, langjähriger Leiter des 1963 begründeten Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, rückblickend feststellt.²³

Diese geschichtspolitische Neuorientierung hat am offensichtlichsten in der Denkmallandschaft der konservativ-katholisch geprägten Bundesländer ihren Niederschlag gefunden.²⁴ Ende der 1940er Jahre entstanden auf regionaler Ebene die letzten namhaften Denkmalstiftungen für Regimeopfer (erst in den 1980er Jahren sollte wieder an die Erinnerungstradition für die NS-Opfer angeschlossen werden), ihre Errichtung wurde zunehmend von politischen Konflikten zwischen den Parteien begleitet, vor allem im Hinblick auf die Abgrenzung zur KPÖ (bzw. zum KZ-Verband), zu deren zentralen Forderungen weiterhin die Ehrung des Widerstandes zählte. Einige Beispiele aus der Steiermark: Bereits im Jahr 1947 weigerte sich die ÖVP und anfänglich auch die SPÖ, gemeinsam mit dem KZ-Verband an der Enthüllung des aufgrund eines gemeinsamen Beschlusses der drei Parteien errichteten Freiheitskämpfer-Denkmal in Leoben teilzunehmen; bei der Enthüllung des Denkmals für 36 Opfer des politischen Widerstandes im Bezirk Voitsberg (1949) durfte der Vertreter des KZ-Verbandes (obwohl Miterrichter) nicht das Wort ergreifen, in Judenburg wurde für die Enthüllung des vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer errichteten Denkmals (1949) kein prominenterer Politiker als der steirische Sicherheitsdirektor gewonnen, der in seiner Rede zwar „den Freiheitswillen dieser opferbereiten Männer und Frauen“ würdigte, zugleich aber dazu aufforderte, einen „dicken Schlußstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen. Die Marginalisierung des Widerstandes in der Gedächtniskultur geht auch aus dem bereits erwähnten Denkmalprojekt

23 Wolfgang NEUGEBAUER, Zwanzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1963–1983). In: Helmut KONRAD/Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), Arbeiterbewegung-Faschismus-Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien/München/Zürich 1983, S. 405.

24 Hier wären allerdings noch weitere regionale Differenzierungen erforderlich, vor allem im Hinblick auf Kärnten, das aufgrund verschiedener Faktoren (Auseinandersetzungen um den Schutz der slowenischen Minderheit, Grenzziehungsfragen, sozio-ökonomische Randlage) weiterhin von deutschnationalen Prägungen bestimmt wurde. Vgl. Helmut RUMPLER, Der schwierige Weg aus der Vergangenheit in die Zukunft. In: DERS. (Hg.), Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945), Wien/Köln/Weimar 1998, S. 48–62.

der Landeshauptstadt Graz hervor: Im November 1945 war vom Stadtrat die Errichtung eines monumentalen Freiheitskämpfer-Denkmal im Stadtzentrum beschlossen worden, nach mehreren Planungsphasen wurde es im November 1949 schließlich in der reduzierten Form einer Gedenktafel nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit enthüllt.²⁵

Die genannten Beispiele verweisen darauf, dass die Berufung auf den Widerstand innerhalb weniger Jahre von einer alle politischen Richtungen umfassenden Legitimation des neuen Österreich zum Ausdruck eines ideologisch etikettierten Geschichtsverständnisses geworden war, das sich im Wesentlichen auf die KPÖ bzw. den KZ-Verband und Teile der SPÖ beschränkte. Stellt man die Frage, warum sich im Zusammenhang mit dem Gedenken an den österreichischen Freiheitskampf – im Unterschied zum Gefallenengedenken, auf das noch einzugehen sein wird – kein integratives Geschichtsbild entwickelt hat, so liegt der wesentliche Erklärungsansatz in der Geschichtspolitik der Parteien. Nur in einer kurzen Phase herrschte Konsens in der Beurteilung der NS-Vergangenheit und im Widerstand als identitätsstiftendem historischen Bezugspunkt des neuen Staates. Bereits kurz nach Kriegsende begann sich die ÖVP aus dieser Erinnerungskultur zurückzuziehen; die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ spielte in der Partei nur eine marginale Rolle. In der sozialistischen Gedenktradition wurde zunehmend der Februar 1934, der Aufstand gegen die Ständestaat-Diktatur, ins Zentrum gerückt, damit konnten aber auch brisante Fragen im Hinblick auf Verstrickungen in den NS-Herrschaftsapparat unterbleiben. Damit wurde die KPÖ zur einzigen politischen Kraft, die entschieden als Anwalt des Gedenkens an die Opfer des Widerstandes auftrat. Für die KPÖ gewann die Legitimation aus der Vergangenheit – die Kommunisten bildeten die weitaus stärkste Gruppe im aktiven politischen Widerstand²⁶ – angesichts ihrer politischen Bedeutungslosigkeit einen zentralen Stellenwert. Dass sich die KPÖ mit der Erinnerung an die „für Österreich gefallenen Heldinnen und Helden“ (so die Widmung zahlreicher Gedenktafeln in Wien) das Vermächtnis übertrug, diesen Kampf in ihrem Sinne weiterzuführen (wie bei nahezu jeder

25 Vgl. Denkmalkultur und Zeitgeschichte. Veränderungsprozesse und Konflikte in der regionalen Denkmallandschaft seit 1945. In: *Lebenszeichen. 10 Jahre Abteilung Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz*, hg. v. d. Abteilung Zeitgeschichte, redigiert v. Manfred Lechner und Eduard G. Staudinger, Graz 1994, S.169–195.

26 So betreffen von den 2800 belegbaren Verfahren vor dem Oberlandesgericht Wien schätzungsweise mehr als 80 % Kommunisten, ähnliche Zahlen ergeben sich aus den Volksgesichtshof-Akten und aus den Tagesberichten der Gestapo Wien. Von den illegalen Druckschriften dieser Zeit sind annähernd 90 % kommunistischer Provenienz. Vgl. Wolfgang NEUGEBAUER, *Widerstand und Opposition*. In: TÁLOS/HANISCH/NEUGEBAUER/SIEDER, S. 192.

Gedenkfeier betont wurde) und dieses Vermächtnis somit im Hinblick auf ihre politischen Ziele instrumentalisierte, hat ebenfalls zur Delegitimierung des Widerstandes beigetragen.

Insgesamt orientierte sich die Geschichtspolitik der beiden Großparteien an den Bestrebungen zur Integration der ehemaligen NationalsozialistInnen, während die Erinnerung an den antifaschistischen Freiheitskampf, aber auch die Kritik an antidemokratischen und antiösterreichischen Aktivitäten von „unbelehrbaren“ ehemaligen Nationalsozialisten und von Neonazis (Soldatentreffen, Aufmärsche, Schillerfeier 1959 etc.) zunehmend als kommunistisch galt. So erklärte Chefredakteur Gustav A. Canaval, der selbst von 1938 bis 1945 im KZ Dachau inhaftiert gewesen war, im Jahr 1954 in den „Salzburger Nachrichten“ zur Debatte um die Errichtung eines Denkmals für die „Opfer des Faschismus“ in Salzburg, dass diese Diskussion obsolet sei, „schon allein aus dem Grunde, weil solche Denk- und Mahnmäler nun einmal in der heutigen Situation und Zeit nur den Zweck haben können, als praktisches Turn- und Vorführungsgerät kommunistischer Propaganda zu dienen.“²⁷ In der Frage des Verbots eines für November 1958 geplanten internationalen Treffens ehemaliger SS-Mitglieder in Salzburg wurde hingegen argumentiert, man dürfe „nie vergessen, daß ‚der Feind links steht‘“, es sei dem Ansehen des Landes abträglich, wenn sich demokratische Politiker kommunistischen Forderungen beugen würden.²⁸

Gedächtnisraum Wien: Gedenken an den österreichischen Freiheitskampf – parteipolitische Parzellierung der Erinnerungskultur

Ein Blick auf die Denkmallandschaft Wiens ergibt ein anderes Bild: Das Opferdenkmal der Stadt Wien am Zentralfriedhof (1948), das Mahnmal am Morzinplatz (1951), wo sich die Gestapo-Leitstelle Wien befunden hatte, der Gedenkraum für den österreichischen Freiheitskampf im Äußeren Burgtor der Hofburg (1965), die Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in der Saltorgasse (1968) und eine Vielzahl weiterer Erinnerungszeichen in Gemeindebauten, kommunalen Betrie-

27 G(ustav) A(dolf) CANAVAL, Paulus und das geistige KZ. In: Salzburger Nachrichten, 27./28.3.1954.

28 Heribert HUSINSKY, Keine Nachsicht. In: Walter HACKER (Hg.), Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1966, S. 43–46.

ben, Großunternehmen und an öffentlichen Plätzen für die Opfer des Kampfes „für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit“ (Inscription am Mahnmal am Reumannplatz, 1981) zeigen die Topografie einer Stadt „im Widerstand“ gegen den Faschismus.²⁹

Allerdings verdeckt die materielle Präsenz der Denkmäler jene Konflikte und Verhandlungen um die Deutung des Widerstandes einerseits, um die Hegemonie in der Besetzung des öffentlichen Raums andererseits, die sich mit ihrer Errichtung verbunden haben. Die Entstehungszusammenhänge der spezifischen Erinnerungskultur in Wien verweisen in erster Linie auf die geschichtspolitischen Interessen der Parteien, wobei die Konkurrenz zwischen SPÖ und KPÖ in der Frage „Wem gehört der Widerstand?“, die wechselseitigen geschichtspolitischen Abgrenzungsstrategien der beiden Großparteien, aber auch die fallweise Suche nach einem partiellen Konsens über die Vergangenheit sowie die Entwicklung von parteispezifischen Erinnerungsformen einen durchaus komplexen Kontext bilden. Beispielhaft kommen die geschichtspolitischen Strategien, die die Gedächtniskultur Wiens bis in die 1980er Jahre prägen sollten, in der Errichtung und Enthüllung des Mahnmals der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus und jener beiden weiteren Denkmäler, die am 1. November 1948 am Wiener Zentralfriedhof enthüllt wurden, zum Ausdruck.

Am 30. Oktober 1945, kurz vor den ersten Nationalratswahlen, erfolgte auf Initiative des kommunistischen Kulturstadtrats Viktor Matejka die Beschlussfassung des Wiener Gemeinderates zur Errichtung von insgesamt zwei Denkmälern für die Opfer des Faschismus. Die weitere Entwicklung lässt dieses Projekt zu einem anschaulichen Fallbeispiel für die Veränderung des Stellenwerts der Gedächtniskultur für den Widerstand in den ersten Nachkriegsjahren werden: Nur eines der beiden geplanten Denkmäler gelangte zur Realisierung, jenes, das für den Zentralraum der Stadt vorgesehen war, wurde letztlich nicht gebaut. Wie Karl Klambauer zeigt, war die Platzwahl und Gestaltung des Opferdenkmals der Stadt Wien einerseits geprägt vom Versuch, ein repräsentatives Denkmal der KPÖ zu verhindern – in der Ortswahl entschied man sich genau

29 Vgl. Erich FEIN, *Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation*, Wien 1975, S. 18–111; Wolfgang LAUBER, *Wien. Ein Stadtführer durch den Widerstand 1934–1945 (Markierungen 1)*, Wien/Köln/Graz 1987; Herbert EXENBERGER, *Antifaschistischer Stadtführer*. Wien 1985; zur Dokumentation der Wiener Gedenkstätten vgl. *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation*, hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. v. Herbert Exenberger/Heinz Arnberger unter Mitarb. v. Claudia Kuretsidis-Haider, Wien 1998.

für jenes Areal, das bereits der KPÖ zugesprochen worden war –, andererseits von der umstrittenen Frage nach dem Bezugszeitraum: Ursprünglich für die Opfer der Jahre 1938 bis 1945 konzipiert, wurde schließlich auch die Ständestaat-Diktatur der Jahre 1934 bis 1938 einbezogen.³⁰ Nicht der Nationalsozialismus, der ja durch die Opferthese aus dem österreichischen Geschichtszusammenhang „externalisiert“, als Fremdherrschaft dargestellt werden konnte, sondern die Kontroverse zwischen SPÖ und ÖVP um die Beurteilung der Ständestaat-Diktatur – als patriotischer Abwehrkampf gegen Hitlerdeutschland, wie seitens der ÖVP erklärt wurde, oder aber, durch die Niederschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934, als Wegbereiter des „Anschlusses“, so die Sichtweise der SPÖ – bildete bereits bei der Konzeption der von der Stadt Wien im Jahr 1946 veranstalteten Antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen“ das zentrale Konfliktpotential.³¹ Diese Frage sollte letztlich bis zum Perspektivenwechsel auf die NS-Zeit durch die Waldheim-Debatte das Gravitationszentrum geschichtspolitischer Kontroversen in der Zweiten Republik bilden.³²

Der Festakt anlässlich der Enthüllung des den „Opfern für ein freies Österreich 1934 bis 1945“ (Inscription) gewidmeten Mahnmals der Stadt Wien, einem figural gestalteten Denkmal (Entwurf: Fritz Cremer, Grete und Wilhelm Schütte), das den Kampf um die Freiheit, die Anklage gegen den Faschismus und die Trauer um die Opfer zum Ausdruck bringen sollte, war hingegen unter dem Vorzeichen eines die beiden Lager versöhnenden Zugangs zur Vergangenheit gestaltet. An den Feierlichkeiten nahmen u. a. Vizekanzler Schärf (SPÖ) als Vertreter der Bundesregierung, Unter-

30 Vgl. Karl KLAMBAUER, Das „Opferdenkmal“ der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof als Repräsentation der Erinnerungskultur in der frühen Zweiten Republik. In: UHL (Hg.), Steinerne Bewusstseins (in Druck).

31 Wolfgang Kos hat auf die bald einsetzende Einflussnahme der politischen Parteien hingewiesen, insbesondere was die Einbeziehung der Jahre 1933/34–1938 betraf. Die ÖVP, die jede inhaltliche und terminologische Subsumierung des Ständestaates unter den Begriff des „Faschismus“ ablehnte, hat mehrfach darauf hingewirkt, dass der Ausstellungsinhalt auf die NS-Diktatur beschränkt und die Periode des Ständestaates aus der Schau ausgeklammert werde. Die von der SPÖ vorgebrachte Absicht, in einer Opferliste, die in einem in der Ausstellung vorgesehenen, „den im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Österreichern“ gewidmeten „Weiheraum“ aufscheinen hätte sollen, auch die im Zuge des Bürgerkrieges im Februar 1934 hingerichteten Widerstandskämpfer Karl Münchreiter, Koloman Wallisch und Georg Weissel aufzunehmen, beantwortete die ÖVP mit der Bedingung, dass dann auch Dollfuß in dieser Liste aufscheinen müsse. Schließlich wurde eine Kompromisslösung gefunden, wonach die Opferliste im „Weiheraum“ der Ausstellung unterblieb und erst in dem zu der Ausstellung begleitend herausgegebenen Gedenkbuch erschien, wobei dann sowohl Karl Münchreiter und Koloman Wallisch als auch Engelbert Dollfuß namentlich genannt wurden. Siehe: Gedenkbuch „Niemals vergessen!“, S. 147, 154, 159; Wolfgang KOS, Die Schau mit dem Hammer. Zur Planung, Ideologie und Gestaltung der antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen!“. In: DERS., Eigenheim Österreich, S. 35 f.; KLAMBAUER, Das „Opferdenkmal“ der Stadt Wien.

32 Vgl. Karl STUHLPFARRER, „Ständestaat“, Diktatur, Austrofaschismus. Interpretations- und Erinnerungsvarianten über Österreich. In: Gedenkdienst 2/2004, S. 2–4.

richtsminister Hurdes (ÖVP) und Bürgermeister Körner (SPÖ) teil. Körner ging auf die „wunden Punkte“ der Jahre 1934 bis 1938 nicht explizit ein, er sprach vielmehr von einem „Denkmal, das an die Tragödie eines ganzen Volkes erinnert und seinen gemeinsamen Toten gilt“, die „in den Unglücksjahren 1934 bis 1945 im Kampf für ein freies Österreich die Opfer politischer Unterdrückung und schließlich einer grausamen und übermächtigen Tyranis geworden sind“. Nach der Rede des Bürgermeisters erfolgten Kranzniederlegungen, wobei in der Presse besonders vermerkt wurde, dass der erste Kranz von Vizekanzler Schärf und Unterrichtsminister Hurdes gemeinsam niedergelegt wurde.³³

Während die Enthüllung des Denkmals als Festakt des offiziellen Wien im Zeichen der Annäherung zwischen den Bürgerkriegsgegnern des Jahres 1934 und nunmehrigen Regierungspartnern in der großen Koalition stand, wobei strittige Fragen über die Vergangenheit weitgehend ausgeklammert wurden, kamen die unterschiedlichen Geschichtsauffassungen in separaten Gedenkfeiern der Parteien zum Tragen. In unmittelbarem Anschluss an die Feier begaben sich die sozialistischen Teilnehmer – „ein mächtiger Zug, hinter einem Fahnenwald, mit Vizekanzler Dr. Schärf und Bürgermeister Körner an der Spitze“ – an das Grab des hingerichteten Februarkämpfers Georg Weissel, um der Übergabe eines von der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten gestifteten Gedenksteins beizuwohnen. Mit der „Internationale“ wurde diese Gedenkfeier beschlossen.³⁴

Am selben Tag wurde am Zentralfriedhof ein Gedenkkreuz enthüllt, das vom KZ-Verband der KPÖ errichtet worden war. In den Gedenkreiden wurde der Opfer eines verbrecherischen Regimes gedacht und gelobt, „dessen Blutschuld zu rächen“. Die Anklage richtete sich aber vor allem auch gegen die Ausblendung der Vergangenheit in einer auf Versöhnung der verfeindeten Lager der Zwischenkriegszeit und Integration der ehemaligen NationalsozialistInnen ausgerichteten Gesellschaft: „Sollen wir die Tage (des Februaraufstandes 1934, Anm. d. Verf.) vergessen, wo Kanonen auf Wohnhäuser gerichtet wurden? Sollen wir die Tage des März 1938 vergessen, an denen man begann, Menschenwürde mit Füßen zu treten?“³⁵

Auch die gedächtnispolitische Positionierung der ÖVP lässt sich am Allerheiligentag des Jahres 1948, dem traditionellen Tag des katholischen

33 Vgl. Österreichs Beitrag im Kampf gegen Hitler. In: Wiener Zeitung, 3.11.1948, S. 4.

34 Wien ehrt die Opfer des Faschismus. In: Arbeiterzeitung, 3.11.1948, S. 3.

35 Zit. n. Der Mund der Toten ist verschlossen, der unsere aber spricht! In: Volksstimme, 3.11.1948, S. 7.

36 Kranzniederlegung zu Allerheiligen. In: Der Freiheitskämpfer, November 1948.

Totengedenkens, rekonstruieren. Auf dem Hietzinger Friedhof legte die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ am Grab von Bundeskanzler Dollfuß Kränze nieder.³⁶ Dessen ungeachtet wurde seitens der Volkspartei aber vor allem signalisiert, dass nicht die Ehrung des Freiheitskampfes, sondern das Gefallenengedenken in den Vordergrund ihrer Gedächtnispolitik getreten war. Am 265. Jahrestag der Türkenbefreiung, dem 12. September 1948, wenige Wochen vor der Enthüllung der drei Denkmäler für Opfer des Faschismus am Wiener Zentralfriedhof, wurde das von der ÖVP-Heimkehrerorganisation am Wiener Leopoldsberg errichtete und vom Bildhauer Mario Petrucci entworfene Heimkehrer-Gedächtnismal durch Bundeskanzler Leopold Figl seiner Bestimmung übergeben.³⁷ Zu Allerheiligen 1948 fand eine vom Mittelschüler-Kartellverband, der Verbindung „Frankonia“ und der Bundesleitung der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen durchgeführte Gedenkfeier beim Heimkehrer-Gedächtnismal statt, die zwar nicht im selben Maße offiziellen Charakter wie die Feierlichkeiten am Zentralfriedhof hatte, jedoch durch die Entsendung eines Ministerialrates in Vertretung von Minister Hurdes ebenso offizielle Unterstützung erfuhr.³⁸

Die Gedenkfeiern des November 1948 zeigen die Gedächtniskultur Wiens als Feld symbolischer Politik, dessen Logik vor allem von den politischen Interessen der Parteien (bzw. der ihnen nahestehenden Opferverbände) bestimmt war. Auf Bundes- bzw. kommunaler Ebene eröffnete die Bezugnahme auf die NS-Vergangenheit für die sozialistische Partei und die Volkspartei Möglichkeiten des Konsenses und der Versöhnung. In der Suche nach einem die Lagergrenzen überwindenden Kompromiss über die Vergangenheit wurde auf Übereinstimmungsfaktoren wie die politische Unterdrückung beider Parteien durch das NS-Regime, die gemeinsame Hafterfahrung in den Konzentrationslagern und den daraus entstandenen „Geist der Lagerstraße“ verwiesen, in dem die politischen Gegensätze der Ersten Republik überwunden worden seien.³⁹

Im Gegensatz zu den Versöhnungsbemühungen auf offizieller Ebene stehen die von Konkurrenz bestimmten parteispezifischen Erinnerungskulturen. Die „antifaschistische“ Denkmalkultur Wiens hat sich in engem Zusammenhang mit den Deutungskämpfen um die Definition des Widerstandes und um das Vermächtnis der Freiheitskämpfer, aber auch

37 Vgl. Weihemal unserer Friedenssehnsucht. In: Oststeirische Rundschau, 12.9.1948, S. 1.

38 Vgl. Gedächtnisfeier auf dem Leopoldsberg. In: Kleines Volksblatt, 3.11.1948, S. 6.

39 Zur „Burgfriedenspolitik“ zwischen SPÖ und ÖVP bzw. zur Instrumentalisierung der Erinnerung an den Februar 1934 vgl. Elisabeth KLAMPER, „Ein einzig Volk von Brüdern“. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, 24 (1997), 5/6, S. 170–185.

mit Rivalitäten um die Besetzung des öffentlichen Raums mit den jeweiligen Erinnerungszeichen entwickelt. Getragen wurde diese Erinnerungskultur vor allem von der sozialistischen und der kommunistischen Partei, während sich die ÖVP weitgehend zurückzog bzw. durch die Errichtung von Gedenkstätten in Kirchenräumen (wie dem Dachaukreuz in der Michaelerkirche 1951) eine eigenständige, aber öffentlich kaum rezipierte Form des Gedenkens entfaltete.

Die zahlreichen kleineren Denkmäler und Gedenktafeln sind nicht zuletzt als sichtbare Markierungen politischer Einflusszonen anzusehen, denn die Errichtung einer Gedenkstätte im „halböffentlichen“ Raum von Gemeindebauten bzw. kommunalen Betrieben brachte deutlich die dort herrschenden Machtverhältnisse zum Ausdruck, wobei zahlreiche Gedenktafeln in sowjetisch besetzten Wiener Bezirken wie Favoriten und Floridsdorf von der Präsenz der KPÖ zeugen. Hier befindet sich auch eine jener beiden kommunistischen Denkmalstiftungen, die den Anspruch erheben, für ganz Wien bzw. Österreich und nicht allein für die KPÖ repräsentativ zu sein, die Gedenktafel am Floridsdorfer Spitz (1950) für die hingerichteten Wehrmachtsoffiziere Karl Biedermann, Alfred Huth und Rudolf Raschke, Mitglieder einer österreichischen Widerstandsgruppe im Wehrkreiskommando XVII, die eine kampfbereite Übergabe Wiens an die Rote Armee vorbereitete. Der Gedenkstein wurde am 8. April 1950 enthüllt, 1962 aus „verkehrstechnischen Gründen“ abgetragen und 1964 in Form einer Gedenktafel wiedererrichtet. Der Gedenkstein auf dem Gelände des ehemaligen Hotels Metropol am Morzinplatz im Ersten Wiener Gemeindebezirk, wo sich während der NS-Zeit das Gestapo-Hauptquartier befunden hatte, wurde hingegen ohne behördliche Genehmigung realisiert, die Errichtung durch den KZ-Verband erfolgte in einer illegalen Aktion anlässlich der Befreiungsfeiern des Jahres 1951.⁴⁰

Allerdings bewegten sich die Konflikte zwischen SPÖ und KPÖ um die angemessene Würdigung des Widerstandes, von der wohl wesentliche Impulse für die zahlreichen Denkmalstiftungen beider Parteien in Wien ausgingen, am Ende der Besatzungszeit nur noch in einem begrenzten Segment der österreichischen Erinnerungskultur. In den Bundesländern wurde die Gedächtnislandschaft bereits seit Anfang der 1950er Jahre vom Gefallenengedenken geprägt, aber auch in Wien war das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus außerhalb der parteispezifischen Erinne-

40 Vgl. Heidemarie UHL, *Konkurrierende Gedächtnislandschaften. Widerstand gegen das NS-Regime, Zweiter Weltkrieg und Holocaust in der Denkmalkultur der Zweiten Republik*. In: UHL, *Steinernes Bewusstsein* (in Druck); zu den einzelnen Denkmälern: *Gedenken und Mahnen in Wien – Ausgewählte Erinnerungszeichen*, <http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/>.

nungsrituale umstritten, wie aus der Errichtung einer Gedenktafel für den Kabarettisten Fritz Grünbaum durch die Lagergemeinschaften Dachau und Buchenwald im Jahr 1955 hervorgeht. Mitglieder der Lagergemeinschaften, die gemeinsam mit Grünbaum inhaftiert gewesen waren, setzten sich für die Errichtung eines Denkmals ein, machten aber die Erfahrung, dass „keine der angerufenen Stellen oder Persönlichkeiten bereit war, in dieser Sache aktiv zu werden“. Insbesondere der Direktor des Kabarett-Simpl, obwohl „selbst ein Abstammungsverfolgter“, habe sich gegen die Anbringung einer Gedenktafel gewandt, weil er Demonstrationen bzw. einen Rückgang der Besucherzahlen befürchtete. Die Tafel konnte erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Hausbesitzer realisiert werden. Die Inschrift vermied allerdings jede Andeutung darauf, dass Grünbaum nicht nur aus politischen, sondern auch aus „rassischen“ Gründen verfolgt worden war: „Er war ein guter Österreicher und hat für dieses Bekenntnis im Konzentrationslager den Tod gefunden.“⁴¹

Insgesamt bildeten der Februar 1934 und der politisch motivierte Widerstand gegen den Nationalsozialismus die zentralen Bezugspunkte für die „antifaschistische“ Erinnerungskultur Wiens. Das Gedenken an die ermordeten jüdischen Wienerinnen und Wiener gewann demgegenüber nur marginale öffentliche Präsenz. Zumeist handelte es sich dabei um Stiftungen im Rahmen der Israelitischen Kultusgemeinde, häufig waren sie in halböffentlichen oder Innenräumen angebracht, wie die 1946 enthüllte Gedenktafel für die „jüdischen Männer, Frauen und Kinder, die in den schicksalsschweren Jahren 1938 – 1945 ihr Leben ließen“ im Vorraum der Synagoge in der Seitenstettengasse.⁴²

Das Gefallenengedenken als hegemoniale Erinnerungskultur in den Bundesländern

Der Gedächtnisraum Wien ist aber auch vor dem Hintergrund der Veränderungen der Denkmallandschaft in den Bundesländern zu sehen. Die Errichtung von Widerstandsdenkmälern durch die Instanzen des „offiziellen“ Österreich – Bundes- und Landesregierungen, Städte und Gemeinden – war seit Ende der 1940er Jahre, wie erwähnt, kaum noch durchsetzbar, entsprechende Denkmäler konnten nur noch als „partikulare“ Zeichensetzungen realisiert werden, die, wie oft auch aus der Widmung auf dem Denkmal bzw. der Gedenktafel selbst hervorging, das Geschichtsbild einer gesellschaftlichen Teilgruppe (zumeist der parteinahen Opferorgani-

41 Vgl. Geschichte einer Gedenktafel. In: Der neue Mahnruf, Nr. 9, 1971, S. 4.

42 Gedenken und Mahnen in Wien, S. 65.

sationen) und nicht des ganzen Kollektivs repräsentierten. Die oftmalige Verweigerung eines ehrenden Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist aber wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes in den *face to face*-Gemeinschaften eines Dorfes, einer Kleinstadt auf konkret benennbare individuelle und kollektive schuldhaftige Verstrickungen in diese Ereignisse verwies. Erst nach dem Generationenwechsel sollte seit Ende der 1980er Jahre durch Initiativen einer neuen Erinnerungskultur die „Topographie des Terrors“ verstärkt sichtbar gemacht werden, nicht allein in Wien, sondern auch in den Bundesländern, etwa durch die örtliche Markierung von im Novemberpogrom zerstörten Synagogen, von ehemaligen KZ-Nebenlagern und anderen Stätten des NS-Terrorapparats (Euthanasie-Einrichtungen, Hinrichtungsstätten etc.), von „*authentic sites*“ der Massaker des Todesmarsches ungarischer Juden kurz vor Kriegsende und von anderen traumatischen Orten.

Die Formierung des Gedächtnisraumes der Bundeshauptstadt ist aber vor allem auch vor dem Hintergrund einer Umorientierung der Erinnerungskultur in den Bundesländern zu betrachten: Zu Beginn der 1950er Jahre setzte eine breite Bewegung zur Errichtung von Gefallenendenkmälern ein, die nicht nur zeitlich nach den Widerstandsdenkmalen entstanden sind, sondern die sich auch als Antithese zu deren Geschichtsbild verstanden „Von nun an“, hieß es in einem Zeitungskommentar zum Totengedenken aus dem Jahr 1949, werden die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs „auch im Gedächtnis unseres Volkes einen Ehrenplatz einnehmen“, und zwar nicht als Opfer des Krieges, sondern als „Helden der Pflichterfüllung und der Tapferkeit.“⁴³

Die in dieser Phase errichteten Kriegerdenkmäler sind nicht nur als Erinnerungszeichen für die Gefallenen, sondern ebenso als öffentliches Bekenntnis zu den ehemaligen Soldaten der Deutschen Wehrmacht und damit als symbolische Rehabilitierung der Kriegsteilnehmer zu sehen. Ab 1949/50 entwickelte sich diese Denkmalkategorie gewissermaßen zur Norm kollektiven Erinnerns, in nahezu jeder Gemeinde wurde ein Kriegerdenkmal geschaffen bzw. das Gefallenendenkmal des Ersten Weltkriegs erweitert. Getragen wurde diese Denkmalbewegung vom Österreichischen Kameradschaftsbund (bzw. seinen Vorläufer- und Teilorganisationen), der Veteranenvereinigung von Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.

Die Aktivitäten der Kameradschaftsverbände, die sich seit Beginn der 1950er Jahre zu Massenorganisationen mit Zehntausenden Mitgliedern

43 Helden und Opfer. Totengedenken im vierten Jahr nach Kriegsende, in: Murtaler Zeitung, 29.10.1949, S. 3.

entwickelt hatten, wurden von allen Parteien, naturgemäß mit Ausnahme der KPÖ, gefördert, wobei auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle spielten. Die Teilnahme prominenter Politiker an Aufmärschen der Veteranenvereine, bei denen nicht selten demonstrativ die (verbotenen) Wehrmachtsorden⁴⁴ getragen wurden, und Denkmalweihen in Anwesenheit von führenden Landes- und Bundespolitikern waren deutliche Hinweise darauf, dass die Aktivitäten der Kameradschaftsvereine bei den maßgeblichen politischen Kräften nachhaltige Unterstützung fanden. Die Identifikation mit dem Gefallenengedenken wurde insbesondere in den Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre errichteten „Landesehrenmälern“ zum Ausdruck gebracht, die als zentrale Gedenkstätten eines Bundeslandes konzipiert waren – auf der Riegersburg in der Steiermark (1959), dem Ulrichsberg in Kärnten (1959), am Geschriebenstein im Burgenland (1961) und in der Wallfahrtskirche Maria Taferl in Niederösterreich (1963)⁴⁵ – sie sind als Symbole dafür zu verstehen, dass es der Kameradschaftsbund und andere Veteranenvereine waren, die das Geschichtsbild auf Bundesländerebene definierten.

Was den Kameradschaftsverbänden zugestanden wurde – die Unterstützung seitens der Repräsentanten des offiziellen Österreich –, wurde den Initiativen für die Errichtung von Widerstandsdenkmälern vielfach verweigert. Dies zeigt sich besonders anschaulich an der nahezu gleichzeitigen Errichtung von zwei Denkmälern für die Gefallenen der Wehrmacht einerseits, für Opfer des NS-Regimes andererseits in Graz im Jahr 1961, die einen aufschlussreichen Einblick in den „Kampf um die Erinnerung“ in den 1950er und 1960er Jahren eröffnet. Der Bau des „Internationalen Mahnmals“ an einem Massengrab für rund 2500 NS-Opfer verschiedener Nationen, in der Mehrzahl jugoslawische Opfer von Geislerschießungen und getötete Partisanen, am Grazer Zentralfriedhof löste einen der heftigsten Denkmalkonflikte der Nachkriegszeit aus, wobei sich die offiziellen Stellen des Landes Steiermark ausdrücklich von diesem Projekt distanzieren und ein Vertreter der Landesregierung anlässlich der Enthüllungsfeier am 1. November 1961 betonte, „das heute existente Österreich trägt für diese Opfer keine Schuld, auch nicht dafür, daß sie hier bestattet sind.“⁴⁶

44 Die strittige Frage wurde im Jahr 1960 durch das „Abzeichengesetz“ geregelt, wonach Orden und Auszeichnungen der Wehrmacht nach Entfernung des Hakenkreuzes öffentlich getragen werden durften. Vgl. Walter HACKER, Nur ein halbes Gesetz. In: Neues Österreich, 29.5.1960, zit. n. HACKER, Warnung an Österreich, S. 77 ff.

45 Vgl. Joachim GILLER/Hubert MADER/Christina SEIDL, Wo sind sie geblieben...? Kriegerdenkmäler und Gefallenenehrung in Österreich, Wien 1992, S. 120 ff., zum Ulrichsberg: Vgl. Walter FANTA/Valentin SIMA, „Stehst mitten drin im Land“. Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von den Anfängen bis heute, Klagenfurt/Celovec 2003.

46 Das neue Mahnmal feierlich enthüllt, in: Tagespost, 3.11.1961, S. 5.

Nur wenige Tage zuvor war am Karmeliterplatz – im Zentralraum der Stadt gelegen – das „Ehren- und Mahnmal der Stadt Graz“ für die Kriegsgefallenen seiner Bestimmung übergeben worden, das vom Land Steiermark und der Gemeinde Graz gemeinsam mit dem Kameradschaftsbund errichtet worden war. Der damalige Landeshauptmann Josef Krainer wies dem Denkmal die Bestimmung zu, uns „immer derer zu erinnern, die unser Vaterland im Kampf schützten. Ehre gebührt jenen, die jederzeit bereit sind, unter Einsatz ihres Lebens ihre Pflicht zu erfüllen.“⁴⁷

2. Das Gedenken an den „österreichischen Freiheitskampf“ und die Neuorientierung der Geschichtspolitik des offiziellen Österreich Mitte der 1960er Jahre

Mitte der 1960er Jahre zeichnen sich auch in Österreich die Konturen einer gesellschaftlichen Aufbruchssituation ab: Mit dem Generationenwechsel wurde in beiden Parteien begonnen, neue Modelle von Politik zu entwickeln. Die Grenzen zwischen den politischen Lagern wurden durchlässiger, „Modernisierung“ und „Demokratisierung“ wurden zu den Schlagworten einer neuen Reformphase, die innenpolitisch durch das Ende der großen Koalition und die zunächst konservative (1966), seit 1970 sozialistische Alleinregierung („Ära Kreisky“) geprägt wurde. Die zunehmende Festigung eines Österreichbewusstseins (1965 beschloss der Nationalrat einstimmig, den 26. Oktober zum Nationalfeiertag zu erklären⁴⁸), die Politisierung vor allem der studentischen Jugend und das Entstehen eines neuen Typs von kritischem Journalismus trugen ebenfalls dazu bei, die Rahmenbedingungen des Geschichtsbewusstseins langfristig zu verändern.⁴⁹

Diese gesellschaftlichen Veränderungen bilden den Kontext für die Errichtung des ersten staatlichen, von der Republik Österreich gestifteten Denkmals für den Widerstand gegen das NS-Regime, dem Weiheraum für den österreichischen Freiheitskampf im Äußeren Burgtor auf dem

47 Zehntausend auf dem Karmeliterplatz bei der Enthüllung des Grazer Ehren- und Mahnmals. In: Tagespost, 24.10.1961. Vgl. dazu ausführlicher: Heidemarie UHL, Gedächtnisraum Graz. Zeitgeschichtliche Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum von 1945 bis zur Gegenwart. In: Sabine HÖDL/Leonore LAPPIN (Hg.), Erinnerung als Gegenwart. Jüdische Gedenkkulturen, Berlin/Wien 2000, S. 211–232.

48 Die Einführung eines Nationalfeiertags stieß vor allem bei deutschnational orientierten Gruppierungen bzw. der FPÖ auf Ablehnung. Vgl. Gustav SPANN, Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. In: 26. Oktober. Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages, hg. v. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Abteilung für Politische Bildung, Wien o. J., S. 27–34.

49 Zur Zäsur Mitte der 1960er Jahre vgl. Ernst HANISCH, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890–1990), Wien 1994, S. 456 f.

Heldenplatz, in dem sich das 1934 seiner Bestimmung übergebene österreichische Heldendenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs befindet, das nach 1945 auch den militärischen Opfern des Zweiten Weltkriegs gewidmet worden war.⁵⁰

Bereits 1959 war seitens der Republik Österreich eine Gedenktafel für den Freiheitskampf an der Fassade des Äußeren Burgtores angebracht worden, diese Würdigung erfolgte allerdings erst aufgrund nachdrücklicher Kritik von Seiten katholischer Kreise. Ausgangspunkt dafür war die „Entschärfung“ einer im Mai 1946 enthüllten Gedenktafel für den Tiroler Widerstandskämpfer Franz Mair am Innsbrucker Landhaus durch die Tiroler Landesregierung im Jahr 1957 mit dem Argument, dass der Text den Unmut deutscher Touristen erregt hätte. Im katholischen „Volksboten“ wurde allerdings die Vermutung geäußert, dass sich der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten geltend gemacht habe.⁵¹

Die „Vorkommnisse in Innsbruck“ wurden zum Anlass für Forderungen von konservativ-katholischer Seite nach Gegenmaßnahmen durch die Regierung, denn ein Schweigen würde von den „Unbelehrbaren“ als Ermunterung aufgefasst werden. So mahnte Otto Molden in der Tageszeitung „Die Presse“ angesichts dieser (und ähnlicher) „würdelosen Vorgänge [...] die primitivste Dankesschuld gegenüber jenen Toten, nämlich die Errichtung eines gesamtösterreichischen Denkmals für die Opfer des Freiheitskampfes“ ein.⁵² Vor diesem Hintergrund erfolgte der Beschluss des Ministerrates, eine Erinnerungstafel an die „dunklen Tage des März 1938“ am Äußeren Burgtor anzubringen. Nach den Erfahrungen in Innsbruck, kommentierte der „Freiheitskämpfer“, das Organ der „ÖVP-Kamerad-

50 Vgl. Ingeborg PAPST, Das österreichische Heldendenkmal im Äußeren Burgtor in Wien. In: Michael HÜTT u.a. (Hg.), Unglücklich das Land, das Helden nötig hat. Leben und Sterben in den Kriegerdenkmälern des Ersten und Zweiten Weltkriegs (Studien zur Kunst- und Kulturgeschichte 8), Marburg 1990, S. 11–27.

51 Die offenkundig Anstoß erregenden Textierung lautete: „Nach siebenjähriger Unterdrückung wurde an diesem Hause die Fahne Österreichs gehißt. Am 1., 2. und 3. Mai kämpften hier Männer des österreichischen Widerstandes für die Freiheit Tirols. Im Kampf um das Landhaus fiel Professor Franz Mair“. Die Tafel trug die zudem nur schwer lesbare Inschrift: „Vor diesem Haus fiel im Mai 1945 Professor Dr. Franz Mair im Kampf um die Freiheit Tirols.“ Aufgrund von Protesten erfolgte schließlich die Wiederanbringung einer Tafel mit dem ursprünglichen Wortlaut, allerdings wurde im neuen Text das Wort „Unterdrückung“ durch „Unfreiheit“ ersetzt. Vgl. Dem Fremdenverkehr geopfert. In: Der Volksbote, 30.11.1957, S. 5; Die geänderte Tafel vor dem Landhaus. In: Der Volksbote, 7.10.1957; War das keine Unterdrückung? In: Der Volksbote, 14.12.1957; Dank an Innsbruck. In: Die Furche, 5.4.1958, S. 2. Vgl. weiters: Gabriele RATH/Andrea SOMMERAUER/Martha VERDORFER (Hg.), Bozen – Innsbruck. Zeitgeschichtliche Stadtrundgänge, Wien/Bozen 2000, S. 96 f. Horst SCHREIBER, Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998. Franz Mair – Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer, Innsbruck/Wien/München 2000, S. 130–162.

52 Zit. n. Gedenktafel für Österreichs Helden. In: Der neue Mahnruf, März 1958, S. 1, zit. n. Katharina WEGAN, Monument – Macht – Mythos. „Résistance-“, und „Opfermythos“ als hegemoniale Vergangenheitserzählungen und ihre Denkmäler nach 1945 im austro-französischen Vergleich, Diss. Wien 2003, S. 248.

schaft der politisch Verfolgten“, könne man „den einstimmigen Ministerratsbeschuß wohl als einen mutigen Bescheid bezeichnen“. ⁵³ Die Begleitumstände bei der Realisierung dieses Beschlusses ließen allerdings, so der „Freiheitskämpfer“, erkennen, dass es sich dabei nur um eine halbherzig wahrgenommene Pflichtübung handelte, wobei offenkundig vor allem auch auf „diverse Wähler“ Rücksicht genommen wurde: Die Tafel wurde mit Verzögerung und nicht, wie ursprünglich geplant, am Jahrestag des „Anschlusses“ ihrer Bestimmung übergeben, ⁵⁴ die Enthüllungsfeyer erfolgte relativ formlos durch die Regierungsmitglieder in Anschluss an die Angelobung der neuen Bundesregierung und unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit (die Verbände der politisch Verfolgten waren nicht eingeladen), in seiner Gedenkrede sprach Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) davon, dass „diese Zeit, reich an tragischem Geschehen, in allen Bevölkerungsteilen, bei allen politischen und weltanschaulichen Gruppen schwerste Opfer gefordert habe“ und schloss damit die ehemaligen NationalsozialistInnen in das ehrende Gedenken mit ein. Dem Vermeiden von kontrovers aufzufassenden Signalwörtern der Gedenkens an die NS-Opfer, z. B. das appellative „Niemals vergessen“, entsprach die Textierung, die auch die Nennung von Jahreszahlen unterließ: „Im Gedenken an die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit. Die österreichische Bundesregierung.“ ⁵⁵ Vor allem an dieser Inschrift nahm die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ Anstoß: „Daß aber die Gedenktafel so allgemein gehalten wurde, daß auch der Feind Österreichs zwischen 1933 und 1945 sich durch diese Tafel heute angesprochen fühlen kann, verwundert uns. Man hat nicht den Mut gehabt, auch nur anzudeuten, daß Österreichs Freiheit durch den gewaltsamen Anschluß vernichtet und die Folgen zur Liquidation zehntausender Österreicher führten.“ ⁵⁶ Dennoch war die Tafel ein erster Bezugspunkt des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Zentralraum der Stadt, nicht allein für die Opferverbände ⁵⁷, sondern auf für staatliche Gedenkakte.

53 Eine Erinnerungstafel. In: Der Freiheitskämpfer, April 1958, S. 4. Mutig sei die Initiative auch insofern, als sie bei den Freiheitlichen auf Ablehnung stoße: „Wir wir hörten, fühlen sich ja auch die ‚Freiheitlichen‘ dadurch betroffen, womit sie ja bestätigen, daß sie echte 1938er sind.“

54 Vgl. Gedenktafel für Österreichs Helden. In: Der neue Mahnruf, Nr. 3, 1958, S. 1.

55 Zit. n. Österreich ehrt seine treuesten Söhne. In: Arbeiter-Zeitung, 17.7.1959, S. 1.

56 Gedanken am Burgtor. In: Der Freiheitskämpfer, 7.8.1959, S. 5.

57 Diese Überzeugung wurde seitens der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ zum Ausdruck gebracht: „Trotz alledem: Die Tafel ist da. Wir KZ-ler werden vor ihr stehen und uns der Stacheldrähte, der Gehekten und Gefolterten, der Vergasten in den Konzentrationslagern erinnern, und hinter den dürren Worten der Bundesregierung werden Bock und Baum, Wandhaken und Gaskammer sichtbar werden, über denen, unsichtbar und doch so eindringlich, die Worte stehen: ‚Niemals vergessen‘“. Ebda.

Sechs Jahre später, anlässlich des 20. Jahrestags der Unabhängigkeitserklärung, wurde im sogenannten Weiheraum des Heldendenkmals im Äußeren Burgtor eine Gedenkstätte für die „Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit“ (so die Inschrift) eingerichtet. Durch die Einbindung der Enthüllungsfeierlichkeiten in die Gedenkfeier von Bundesheer und Exekutive auf dem Heldenplatz, die Teil der staatlich organisierten Österreich-patriotischen Massenkundgebungen zum Jubiläum der „Wiedergeburt der Republik“ am 27. April 1965 waren⁵⁸, aber auch durch die politischen Erklärungen zu diesem Jahrestag wurde unmissverständlich die Identifikation des offiziellen Österreich mit dem Widerstand gegen das NS-Regime zum Ausdruck gebracht. In seiner vielbeachteten Rede bei der gemeinsamen Festsitzung von Nationalrat und Bundesrat im Parlament versicherte Nationalratspräsident Alfred Maleta (ÖVP), „wir lassen uns das Haus, das wir gebaut haben, nicht in Brand stecken“. Maleta bekannte sich zur „Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die demokratische Gemeinschaft“, erklärte aber unmissverständlich: „Wir pardonierten Menschen, aber wir akzeptierten nicht das Geschichtsbild der nationalsozialistischen Vergangenheit.“⁵⁹ Die deutliche Abgrenzung gegenüber einer Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Verzicht auf die Rücksichtnahme auf „diverse Wählerschichten“ (d. h. das Stimmenpotential der ehemaligen NS-Parteigänger und Sympathisanten) ist wohl vor allem auf den Schock über das erste Opfer politischer Auseinandersetzungen in der Zweiten Republik zurückzuführen: Die Affäre um Taras Borodajkewycz – deutschnationale und antisemitische Äußerungen des Professors an der Wiener Hochschule für Welthandel lösten Demonstrationen von Anhängern und Gegnern aus, bei denen Anfang April 1965 ein Demonstrant, der ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger, getötet wurde⁶⁰ – verlieh den staatlichen Jubiläums-Aktivitäten eine neuen Kontext, der offenkundig geschichtspolitische Grundsatzserklärungen erforderlich erscheinen ließ.

Der Weiheraum im Burgtor bildete den Auftakt zu einer Reihe von Denkmalerrichtungen für den Widerstand gegen das NS-Regime. Im Unterschied zur politischen Segmentierung des Widerstands-Gedenkens in den ersten Nachkriegsjahren gehen diese Denkmäler nicht mehr auf die

58 Vgl. Heute feiert ganz Oesterreich den Tag seiner Wiedergeburt. In: Arbeiter-Zeitung, 27.4.1965, S. 1–3.

59 Maleta: Wir lieben dich, Vaterland! In: Wiener Zeitung, 28.4.1965, S. 1 f.

60 Vgl. hierzu Gerard KASEMIR, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Affäre Borodajkewycz. In: Michael GEHLER/Hubert SICKINGER (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur/Wien/München 1995, S. 48–501.

Konkurrenz der Parteien im Hinblick auf die Deutung der NS-Vergangenheit bzw. die symbolische Besetzung des öffentlichen Raums zurück, sondern sie repräsentieren den Konsens der politischen Eliten auf Bundesebene über den Freiheitskampf als historischem Bezugspunkt der Republik. So wurde 1967 auf Initiative der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, KZ-Verband), die bereits 1951, damals allerdings von seiten des KP-nahen KZ-Verbands gegen Einwände des Bundeskanzleramtes (in Österreich gebe es „bereits genügend Gedenkstätten“, wurde dem KZ-Verband beschieden⁶¹) durchgesetzte Gedenkstätte im ehemaligen Hinrichtungsraum im Wiener Landesgericht neu gestaltet, bei der Einweihung sprachen Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) und – im Namen der Opferverbände – die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Rosa Jochmann. Im selben Jahr erfolgte die von seiten des Kameradschaftsbundes vehement bekämpfte Namensgebung von Kasernen nach Opfern des militärischen Widerstands.⁶²

Der im Jahr 1968 seiner Bestimmung übergebene Gedenkraum im Leopold-Figl-Hof, einem modernen Wohnbau, der am Morzinplatz auf dem Areal der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Wien errichtet wurde, bildet gewissermaßen das Äquivalent der Opferverbände zum Weiheraum der Bundesregierung für den Freiheitskampf im Äußeren Burgtor. Die Gedenkstätte repräsentiert vor allem auch, dass die parteinahen Opferverbände, die im politischen Entspannungsklima der 1960er Jahre wieder zu einer Kooperation gefunden hatten und die mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Jahr 1963 einen ersten institutionellen Kristallisationspunkt für die Formierung des Widerstandes als konsensualen Gedächtnisort der Zweiten Republik mitbegründet hatten, zu einem tragfähigen Kompromiss im Hinblick auf die Jahre 1938 bis 1945 gefunden hatten, ungeachtet der parteipolitischen Interpretationsunterschiede, vor allem zwischen SPÖ und ÖVP, im Hinblick auf die Verantwortung für Österreichs Untergang im März 1938. Die Demonstration des wiedererrungenen geschichtspolitischen Konsenses der Gründungsparteien der Zweiten Republik (unter Einschluss der KPÖ) prägt das gestalterische Programm der Gedenkstätte: Die Stirnwand trägt unter der Inschrift „Niemals vergessen!“ drei Aussprüche, wobei neben Theodor Körner und Leopold Figl als Repräsentanten der beiden Großparteien auch Alfred Klahr (1944 nach seiner Flucht aus dem KZ Auschwitz in

61 Fallbeil und Monturkammer. Kanzleramt will Gedenkstätte im Landesgericht I verhindern. In: Der neue Mahnruf, 1.11.1950, S. 1.

62 Vgl. Kasernenbenennung nach Widerstandskämpfern. In: Der neue Mahnruf, Nr. 6, 1967, S. 2.

Warschau von der SS erschossen), Theoretiker der KPÖ, Mitglied des Zentralkomitees der illegalen KPÖ und einer der ersten Verfechter des Begriffs „österreichische Nation“, vertreten ist. Mit der Wahl des Enthüllungstermins – dem 25. Oktober, dem Vorabend des österreichischen Nationalfeiertags – und der Gestaltung der Feierlichkeiten wurde zum Ausdruck gebracht, dass das Gedächtnis an diese „Kämpfer und Märtyrer“ für die ganze Nation Gültigkeit haben sollte: Die Gedenkstätte wurde von Nationalratspräsident Alfred Maleta (ÖVP) unter Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas (SPÖ) sowie zahlreicher Regierungsmitglieder und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eröffnet. Zuvor hatte die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände einen Fackelzug durch die Wiener Innenstadt – von der 1959 angebrachten Freiheitskämpfer-Gedenktafel am Äußeren Burgtor zum Morzinplatz – veranstaltet; bei dem 1951 vom KZ-Verband errichteten Gedenkstein war eine Ehrenwache des österreichischen Bundesheeres postiert.⁶³

Außerhalb der Bundeshauptstadt gab es kaum analoge Initiativen, auf regionaler Ebene wurde das heroisierende Gefallenengedenken weitgehend bruchlos weitergeführt. Erst im Rahmen der in den 1980er Jahren einsetzenden neuen Erinnerungskultur wurden dem Gedenken an die NS-Opfer – nicht nur des Widerstandes, sondern auch der Verfolgung – in den Bundesländern neue Denkmäler gewidmet.

3. Perspektivenwechsel auf die NS-Herrschaft und Zeichensetzungen einer neuen Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren

Was bislang nachgezeichnet wurde, sind jene Transformationen, die innerhalb der Rahmenerzählung der Opferthese, dem österreichischen Nachkriegsmythos, erfolgten. Aus einer Post-Waldheim-Perspektive mag dieses Narrativ zwar als „Geschichtslüge“ (Robert Menasse)⁶⁴ und die Berufung auf den Widerstand als Teil einer Verdrängungsstrategie erscheinen, in den 1960er und 1970er Jahren verband sich damit jedoch ein kritisches Konzept, das einem in weiten Bereichen der Alltagskommunikation vorherrschenden Geschichtsverständnis entgegengesetzt wurde, in dessen Vordergrund das „eigene Leid“ der Soldaten und der Zivilbevölkerung unter der alliierten Kriegsführung und nicht selten die „guten Seiten“ des NS-Regimes standen, wie u. a. aus der 1978/79 ausgestrahlten ORF-Hörfunk-Sendereihe „Alltagsfaschismus“ hervorgeht.⁶⁵

63 Vgl. Gemeinsames Bekenntnis zu Österreich. In: Der neue Mahnruf, 11/1968, S. 1 f.

64 Robert MENASSE, Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität, 3. Aufl., Wien 1993, S. 15.

65 Peter DUSEK, Alltagsfaschismus in Österreich (Mediathek der Zeitgeschichte 1), St. Pölten 1979.

Seit Mitte der 1960er Jahre hat allerdings auf offizieller Ebene und in Aktivitäten historisch-politischer Aufklärung, vor allem auch im Schulunterricht⁶⁶, jene Haltung an Terrain gewonnen, die die NS-Zeit aus der Perspektive der Regimegegner und -opfer betrachtet: In den 1970er Jahren konnte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit seinem Forschungsarbeiten zu „Widerstand und Verfolgung“ während der Jahre 1934 bis 1945 beginnen, 1978 wurde in den Räumlichkeiten des Dokumentationsarchivs die neugestaltete Dauerausstellung „Der österreichische Freiheitskampf“ eröffnet, die sich insbesondere auch an SchülerInnen richtete, im selben Jahr wurde der österreichische Gedenkraum in der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Auschwitz eröffnet.⁶⁷ Ein Jahr darauf, im Frühjahr 1979, erfolgte mit der Ausstrahlung von „Holocaust“ auch in Österreich eine Intervention „von außen“ in den Haushalt der nationalen Gedächtnisnarrative, in deren Rahmen erstmals die Frage nach dem Täteranteil an der Durchführung der Judenvernichtung in den Mittelpunkt der Diskussion rückte.⁶⁸

Es war also nicht die Vorstellung von Österreich als „erstem Opfer“ selbst, sondern der Gegensatz zwischen der Opferthese als Sichtweise des offiziellen Österreich, wie sie in Schulbüchern, Ausstellungen, Gedenkreden, etwa anlässlich der Dezennien des „Anschlusses“ vom März 1938, ebenso wie in wissenschaftlichen Publikationen formuliert wurde, und den wirkungsmächtigen, vielfach hegemonialen Gegenerzählungen, die im „kommunikativen Gedächtnis“ der Familien- und Stammtischerzählungen, aber auch auf offizieller Ebene in den Bundesländern, vor allem im Zusammenhang mit den Erinnerungsritualen des Gefallenengedenkens („Heldenehrungen“) tradiert wurden. Dieser Widerspruch bildete offenkundig die Sollbruchstelle des österreichischen Nachkriegsmythos, die bekanntlich von Kurt Waldheims Bemerkung über die Pflichterfüllung – „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende ande-

66 Vgl. Peter UTGAARD, *Remembering and Forgetting Nazism. Education, National Identity, and the Victim Myth in Postwar Austria*, New York/Oxford 2003.

67 Vgl. Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, F. 35, Mai 1978 und F. 36, Juli 1978.

68 Vgl. die „Profil“-Ausgabe vom 13. März 1979, deren Titelgeschichte dem Thema „Österreichs Anteil an der Endlösung“ gewidmet war. Zur Wirkungsgeschichte von Holocaust in Österreich vgl. Heinz P. WASSERMANN, „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut!“ Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/München 2000, S. 294–373; Heidemarie UHL, Von „Endlösung“ zu „Holocaust“ und die Transformation des österreichischen Gedächtnisses. In: DIES. (Hg.), *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 3)*, Innsbruck u. a. 2003, S. 153–180.

re Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt⁶⁹ – ausgelöst wurde. Waldheims Aussage, als Verteidigung gegen Vorwürfe der Involvierung in NS-Kriegsverbrechen auf dem Balkan gedacht, machte schlagartig die Widersprüche des österreichischen Geschichtsbildes bewusst, vor allem seinen zentralen Gegensatz: die Beurteilung des Kriegsdienstes in der Deutschen Wehrmacht. Die daran anschließende, nachhaltige Debatte um Österreichs „unbewältigte Vergangenheit“ bewirkte jenen Perspektivenwechsel auf die NS-Zeit, den Bundeskanzler Franz Vranitzky in einer Grundsatzerklärung vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991 mit dem Bekenntnis zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“⁷⁰, zum Ausdruck brachte. Mit dieser Erklärung reagierte die SPÖ-ÖVP-Regierungskoalition auf Jörg Haiders Würdigung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reiches in einer Sitzung des Kärntner Landtags.⁷¹ Die Beschönigung und Verharmlosung des NS-Regimes ist symptomatisch für das Geschichtsbild der FPÖ, die als einzige Partei eine entschiedene Gegenposition zum selbstkritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit vertritt.

Diese neue Sichtweise sollte auch als sichtbare Zeichensetzung in den öffentlichen Raum eingeschrieben werden, wobei erstmals jene Österreicherinnen und Österreicher in das Zentrum des Gedenkens rückten, die Opfer „rassischer“ Verfolgung geworden waren und denen bislang – auch im Gedächtnisraum Wien – entsprechende Würdigungen vielfach versagt blieben, insbesondere die österreichischen Jüdinnen und Juden. Das Hrdlicka-Denkmal am Albertinaplatz und das Holocaust-Denkmal am Judenplatz können insofern auch als Versuche einer symbolischen Wiedergutmachung gesehen werden. Die Entstehungsgeschichte dieser wohl markantesten Denkmalsetzungen im Zentralraum Wiens seit 1945 macht sowohl das Konfliktpotential der öffentlichen Erinnerung an die österreichische „Tätergeschichte“ wie auch die Probleme bei der Formulierung eines neuen Konsenses über die Vergangenheit – jenseits der Opferthese – deutlich.

Ein erster Entwurf zu einem „antifaschistischen Denkmal“ wurde von Alfred Hrdlicka im Jahre 1978 bei einem Wettbewerb zur Neugestaltung

69 Kurt Waldheim in einer Wahlbroschüre vom April 1986, zit. n. Neues Österreich (Hg.), Pflichterfüllung. Ein Bericht über Kurt Waldheim, Wien (1986) (Einband).

70 Zit. n. Gerhard BOTZ/Gerald SPRENGNAGEL (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), Frankfurt a. M./New York 1994, S. 575 f.

71 Zit. n. Brigitte BAILER, Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik, Wien 1995, S. 94.

des Stock-im-Eisen-Platzes in unmittelbarer Nähe des Stephansdoms eingereicht. Die Idee wurde vom damaligen Wiener Kulturstadtrat Helmut Zilk aufgegriffen. Bei der Suche nach einem geeigneten Standort – „einem von Fußgängern benutzten und belebten Platz“ – fiel die Wahl schließlich auf den Albertinaplatz in zentraler Lage nahe der Staatsoper. Im August 1983 wurde ein Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und Alfred Hrdlicka über die Errichtung eines Denkmals auf dem Albertinaplatz geschlossen, im September desselben Jahres wurde das Denkmal im Wiener Gemeinderat einstimmig – auch mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ – genehmigt. Bereits im darauffolgenden Jahr regte sich Widerstand, vor allem von Seiten der einflussreichen Presseorgane „Die Presse“ und „Kronenzeitung“; insbesondere letztere führte in den Monaten vor der Enthüllung am 24. November 1988 eine regelrechte Kampagne gegen das Denkmal, das mittlerweile zum Streitpunkt zwischen den Parteien geworden war. Die Oppositionsparteien ÖVP und vor allem die FPÖ sprachen sich gegen das von der SPÖ unterstützte Projekt aus.⁷² Während im „Kulturkampf“ zwischen dem rechten und dem linken Lager vor allem der Standort im Stadtzentrum zur Machtfrage wurde, bezog sich die Ablehnung neben der vordergründigen Platzfrage auch auf die Gestaltung des Ensembles, das die Thematik in drastisch-realistischer Form umsetzte und die Anklage gegen die Täter, nicht aber die Erinnerung an die Opfer in den Vordergrund stellte.⁷³

Aus heutiger Perspektive ist Hrdlickas Mahnmal gegen Krieg und Faschismus weniger wegen seiner konfliktreichen Entstehungsgeschichte als wegen der Ambivalenz seiner Perspektive auf die NS-Vergangenheit von Interesse, die gerade die blinden Flecken des „antifaschistischen“ Geschichtsverständnisses offenbart: Wird mit dem gemeinsamen Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft der Unterschied zwischen Tätern und Opfern verwischt? Findet in der Wiedergabe der Regierungserklärung vom April 1945 als Schlussstein der Geschichtserzählung des Denkmals die Opferthese ihre neuerliche Renaissance? Zum Stein des Anstoßes wurde jedoch die Figur des straßenwaschenden Juden, die sich auf die pogromartigen Ausschreitungen im März 1938 bezieht, als Wiener Juden gezwungen wurden, die Straßen von den Parolen des Ständestaates zu reinigen. Nicht nur jüdische KritikerInnen sehen in dieser Darstellung eine

72 Zur Entstehungsgeschichte des Hrdlicka-Denkmals vgl. Ulrike JENNI, Vorgesichte und Entwürfe der antifaschistischen Denkmäler in Wien. In: DIES. (Hg.), Alfred Hrdlicka. Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien, Bd. 1, Graz 1993, S. 83 ff.

73 Manfred WAGNER, Kommunikation mit dem Betrachter. In: ebd., S. 29.

„ständige Wiederholung jener Erniedrigung“.⁷⁴ Für Ruth Beckermann transportiert sie die eigentliche Botschaft des Denkmals: Die Marginalisierung des jüdischen Standpunktes, die auch in der gesellschaftskritischen Geschichtsdebatte tradiert wird. „Was immer dieses Denkmal den Wienern sagen will, mir sagt es: Im Staub seid ihr gelegen. Auf dem Bauch seid ihr gerutscht. Und das ist heute unser Bild von euch.“⁷⁵

Mit dem Projekt eines Holocaust-Denkmal am Judenplatz im Ersten Wiener Gemeindebezirk wurde die Erinnerung an die 65.000 Jüdinnen und Juden, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Opfer fielen, in den zentralen Symbolraum der Stadt aufgenommen, auch als Zeichen dafür, dass sich „Wien der historischen Schuld und der lebendigen Verpflichtungen gegenüber den jüdischen Bürgern dieser Stadt und dieses Landes bewußt ist.“⁷⁶ Das Wiener Denkmal zur Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung verweist – ebenso wie die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin – darauf, dass der Holocaust in den Mittelpunkt der offiziellen Erinnerungskultur gerückt ist, zugleich kann es in mehrfacher Hinsicht als eine Antwort auf die Erfahrungen mit dem Hrdlicka-Denkmal gesehen werden: Den Anstoß gab Simon Wiesenthal, mit dem Argument, der straßenwaschende Jude sei ein „Denkmal der Erniedrigung“.⁷⁷ Hinsichtlich ihrer Bestimmung richtet sich die Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus nicht anklagend gegen die „Tätergesellschaft“, sie soll vielmehr ein würdiger Erinnerungsort für die Opfer und ihre Nachkommen sein. Beim Gestaltungskonzept wurde von einer figuralen Darstellung Abstand genommen, da sie „der Ungeheuerlichkeit dieses Verbrechens nicht gerecht werden könne“.⁷⁸ Angesichts der Zweifel, ob Kunst imstande ist, das Nichtbegreifbare ausdrücken zu können, wird für Amnon Barzel, einen der Juroren des künstlerischen Wettbewerbs, „die Leere selbst zu einem möglichen Element zur Gestaltung eines Holocaust-Mahnmal“. Rachel Whitereads preisgekrönter Entwurf basiert auf dieser Idee der Leere – eingeschlossen in eine nicht zugängliche Bibliothek, deren Bücher nach außen gekehrt sind.⁷⁹

74 Barbara COUDENHOVE-KALERGI, Auf dem Judenplatz. In: Profil, Nr. 37, 11.9.1995, S. 88. Vgl. auch Matti BUNZL, On the Politics and Semantics of Austrian Memory: Vienna's Monument against War and Fascism. In: History & Memory, 7 (1996), 2, S. 30.

75 Ruth BECKERMANN, Unzugehörig. Juden und Österreicher nach 1945, Wien 1989, S. 14.

76 Michael HÄUPL/Hannes SWOBODA/Ursula PASTERK, Zum mahrenden Gedenken. In: Judenplatz Wien 1996. Wettbewerb Mahnmal und Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Naziregimes in Österreich 1938–1945, Wien 1996, S. 8. (Statement des Wiener Bürgermeisters und von VertreterInnen des Stadtrates).

77 Simon WIESENTHAL, Zur Geschichte der Juden in Österreich. In: ebd., S. 14.

78 HÄUPL/SWOBODA/PASTERK, Zum mahrenden Gedenken, S. 8.

79 Amnon BARZEL, Die Gestaltung der Erinnerung. In: ebd., S. 21.

In den Diskussionen um das Holocaust-Mahnmal wurden zum ersten Mal die traditionellen geschichtspolitischen Argumentationsmuster verlassen. Im Vordergrund stand nicht mehr, wie beim Szenario des Hrdlicka-Denkmal, die Durchsetzung eines Denkmalprojekts gegen eine breite Verhinderungsfront, vielmehr ging es um die Frage, wie an diesem Ort an den „Zivilisationsbruch Auschwitz“ zu erinnern sei. Die Auffindung von Überresten der beim Pogrom 1421 zerstörten Synagoge gab der Diskussion eine zusätzliche Dimension. Unter den Kritikern „befanden sich auch viele jüdische Stimmen, weil bei dieser Denkmalsdebatte nicht befürchtet werden mußte, eine ablehnende Haltung zu Whitereads Entwurf würde nur den Gegnern jeglicher Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in die Hände arbeiten.“⁸⁰

Das am 25. Oktober 2000 enthüllte Whiteread-Denkmal markiert das Einschreiben der seit 1945 „verdrängten“ und tabuisierten Erinnerung an den Holocaust in den öffentlichen Raum; die zahlreichen Erinnerungszeichen an die ermordeten Jüdinnen und Juden, die während des letzten Jahrzehnts in Wien und in den Bundesländern entstanden sind, lassen erkennen, dass „die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung des österreichischen Judentums [...] wohl einen fixen Platz im österreichischen Gedächtnis erhalten hat.“⁸¹

Ist das Holocaust-Denkmal am Wiener Judenplatz nun der „Schlussstein“ der teleologischen Transformation des österreichischen Gedächtnisses vom „Verdrängen“ unter dem Vorzeichen der Opferthese zum „Erinnern“ an die eigene Tätergeschichte? Aleida Assmann hat in einem Essay Gedächtnis als ein Palimpsest bezeichnet, offen für das Neu- und Überschreiben, aber auch das Verblässen und Verschwinden von Narrativen.⁸² Die Kategorie des kulturellen Gedächtnisses bezeichnet demnach einen dynamischen, unabschließbaren Prozess, jeder Gedächtnisort ist – zumeist gegen die Intentionen seiner Errichter – mehrdeutig und vielschichtig, kann mit neuen Bedeutungszuschreibungen um- und neucodiert werden.⁸³

Insofern scheinen sich die Kontexte der Erinnerung an die eigene „Tätergeschichte“ derzeit zu verschieben, wenngleich diese Tendenzen bis-

80 Dietmar SEILER, Im Labyrinth der Geschichtspolitik. Die Erinnerung an die Shoa im öffentlichen österreichischen Gedächtnis. In: *Zeitgeschichte*, 24 (1997), 9/10, S. 295.

81 Ebda, S. 295.

82 Aleida ASSMANN, Zur Metaphorik der Erinnerung. In: Aleida ASSMANN/Dietrich HARTH (Hg.), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt a. M. 1991, S. 19 f.

83 Moritz CSÁKY, Die Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. In: Georg KREIS (Hg.), *Erinnern und Verarbeiten. Die Schweiz in den Jahren 1933–1945*, Itinera, Fasc. 25, 2004, S. 7–30.

lang nur im „flüssigen“ Bereich der Diskurse und Debatten angesiedelt sind. In Deutschland ist es das Gedächtnis an „Flucht und Vertreibung“, das neue Narrative und vor allem Bilder evoziert hat, die sich als „Gegen-erzählung“ zum Holocaust lesen lassen. In Österreich ist im Zusammenhang mit dem Jubiläumsjahr 2005 wohl ein partielles Neuschreiben der Geschichte zu erwarten: Seit 1986 stand die selbstkritische Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit und ihrer „Verdrängung“ nach 1945 im Fokus des „österreichischen Gedächtnisses“, im Rahmen des Staatsvertragsjubiläums 2005 wird nun – in einer Vielzahl von Ausstellungen, TV-Dokumentationen, Zeitungsberichten etc. – erstmals wieder die Geschichte der Zweiten Republik als „Erfolgsstory“ erzählt.

Heidmarie Uhl, *Costruzione e disgregazione del mito della vittima nella cultura della memoria austriaca*

Fino alla metà degli anni ottanta del Novecento, i luoghi della memoria dedicati alle vittime della dominazione nazionalsocialista degli anni 1938–45 davano di Vienna l'immagine di una città dedita alla resistenza. Nella capitale austriaca la topografia della memoria è stata disegnata dal monumento alle vittime della Città di Vienna al Cimitero centrale (1948), dal monumento commemorativo in Morzinplatz (1951), nel luogo in cui sorgeva la centrale della Gestapo viennese, dalla sala dedicata alle vittime della lotta per la liberazione austriaca nella Porta del Palazzo imperiale (Hofburg, 1965), dal monumento in ricordo delle vittime della resistenza in Saltorgasse (1968) e da un gran numero di altri luoghi della memoria dedicati alle vittime della lotta “per la libertà e l'indipendenza dell'Austria” (come recita l'iscrizione sul monumento in Reumannplatz del 1980). La mostra “Der österreichische Freiheitskampf” [La lotta di liberazione austriaca], inaugurata nel 1978 nelle sale dell'Archivio della resistenza austriaca, ha posto ulteriormente in risalto l'importanza della resistenza al regime nazionalsocialista come luogo della memoria della Seconda Repubblica.

La cultura della memoria dedicata alle vittime del regime nazionalsocialista a Vienna è pertanto, fino a metà degli anni ottanta, espressione dei “miti politici dell'Europa postbellica” (Tony Judt), miti in cui il “proprio popolo” veniva presentato come vittima innocente di una dominazione violenta imposta dall'esterno e la resistenza politica costituiva il principale riferimento storico. La variante austriaca di tale mito postbellico va interpretata alla luce della “tesi della vittima”: è noto che nella dichiarazione di indipendenza del 27 aprile 1945 si affermava, con riferimento alla dichia-

razione moscovita, che l'Austria era stata il "primo paese libero vittima dell'aggressione hitleriana".

Al pari che in altri paesi europei, anche in Austria i miti politici del periodo postbellico sono stati infranti: il dibattito su Waldheim nel 1986 e le celebrazioni in occasione dei cinquant'anni dall'Anschluss nel 1988 hanno avviato un processo di ridefinizione del quadro storico. Per quanto riguarda la dominazione nazionalsocialista e l'interpretazione che ne viene fornita, a partire dal 1986 è intervenuto un mutamento di prospettiva nella cultura ufficiale: alla tesi della vittima si è sostituita in ampia misura la tesi della corresponsabilità, esemplarmente espressa nel 1991 dal cancelliere federale Franz Vranitzky che riconobbe che l'Austria si era resa "corresponsabile delle sofferenze inflitte ad altre persone e ad altri popoli, se non dall'Austria in quanto Stato, almeno da cittadini di questo paese".

Si può dunque parlare della presenza quarantennale di un mito postbellico omogeneo, quale emerge chiaramente dai luoghi della memoria della cultura ufficiale a Vienna? Tuttavia, ciò che i monumenti sopra ricordati raccontano del passato non è affatto frutto di una ricostruzione univoca; la loro presenza monumentale cela la "battaglia per la memoria" scoppiata in occasione della loro realizzazione. Il monumento della Città di Vienna fu contestato, un altro monumento, da innalzare in pieno centro come inizialmente previsto nel 1945, non vide mai la luce; il monumento commemorativo che sorge su Morzinplatz fu innalzato dal Partito comunista austriaco durante un'azione illegale.

Sull'esistenza di interpretazioni diverse, in competizione tra loro, sugli anni dal 1938 al 1945 non gettano luce soltanto i conflitti legati all'inaugurazione di monumenti, alla loro struttura e alle iscrizioni che essi recano. I monumenti in ricordo dalla lotta per la liberazione austriaca hanno visto la luce sullo sfondo di robusti ed efficaci "controracconti", volti a tracciare dell'epoca nazionalsocialista un quadro completamente diverso da quello offerto dalla tesi della vittima: l'onore reso ai soldati austriaci della Wehrmacht caduti, visti come "eroi" che hanno sacrificato la loro vita per difendere la patria, il ricordo delle sofferenze patite dalla popolazione civile sotto i bombardamenti e le azioni militari durante l'avanzata dell'Armata Rossa contraddistinguono i racconti storici familiari e semiufficiali. Al di fuori della capitale, tali punti di vista sugli anni 1938-45 hanno per molti versi monopolizzato anche la cultura della memoria ufficiale: in quasi ogni località si trova uno spazio pubblico occupato da un monumento al milite, mentre i segni in ricordo delle vittime del regime nazionalsocialista sono molto più rari, se non del tutto assenti. Solo da quando è intervenuto un mutamento di prospettiva nella valutazione del

passato nazionalsocialista dell'Austria in molte località sono spuntati monumenti in ricordo delle vittime "dimenticate" fino a quel momento.

In particolare sono state ricordate quelle vittime a cui era stata prestata scarsa attenzione anche nell'ambito delle celebrazioni commemorative riguardanti la "lotta per la liberazione austriaca": i 65.000 ebrei austriaci uccisi. Il mutamento di prospettiva ha ridisegnato, modificandoli profondamente, anche i luoghi della memoria di Vienna: dalla fine degli anni ottanta hanno visto la luce un gran numero di segni o monumenti in ricordo delle vittime dell'Olocausto. Il controverso monumento di Hrdlicka su Albertinaplatz (1988) e il monumento in memoria dell'Olocausto su Judenplatz (2000) sono i due segni più incisivi di una nuova cultura della memoria, con cui l'Austria si è inserita in una nuova topografia europea della memoria alle vittime dell'Olocausto.